

## Antrag

der Piratenfraktion

### **Das Stromnetzvergabeverfahren transparent und diskriminierungsfrei zu Ende bringen!**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

1. Der Senat wird aufgefordert, auf jegliche Versuche, im Stromnetzvergabeverfahren mit Vattenfall zu verhandeln, zu verzichten.
2. Der Senat wird aufgefordert, die Stromnetzvergabe durch eine rechtssichere Überarbeitung der Vergabekriterien – unter Berücksichtigung der klima- und energiepolitischen Ziele und Maßnahmen des Landes Berlin – zügig, diskriminierungsfrei und transparent zu Ende zu bringen.

### ***Begründung***

Am 5. Mai 2015 hat der Senat mit seinem Energiewende-Beschluss angekündigt, mit der Gasag und Vattenfall über eine Beteiligung an den Berliner Gas- und Stromunternehmen bzw. deren Netzgesellschaften zu verhandeln. Während die Gespräche mit der Gasag angesichts der gescheiterten Gasnetzvergabe an den landeseigenen Betrieb Berlin Energie eine sinnvolle Lösung sind (siehe auch Drs. 17/2277), ist die Ankündigung des Senats, mitten im Stromnetzvergabeverfahren mit Vattenfall über eine Beteiligung zu verhandeln, nicht zu akzeptieren.

Erstens verstößt dieses Vorgehen gegen die Grundsätze der Konzessionsvergaben bei Strom- und Gasnetzen, die diskriminierungsfrei, transparent und entsprechend wettbewerblichen Kriterien erfolgen müssen. Im Stromnetzvergabeverfahren gibt es neben der Vattenfall GmbH noch zwei weitere Bewerber, den landeseigenen Betrieb Berlin Energie und die BürgerEnergie Berlin eG. Inoffizielle Verhandlungen nur mit einem der drei Bewerber deuten auf seine ungerechtfertigte Bevorzugung im Vergabeverfahren hin. So sieht ein fairer Wettbewerb nicht aus!

Gespräche nur mit Vattenfall aufzunehmen, so als ob sich die Bürgergenossenschaft BürgerEnergie Berlin nie um das Stromnetz beworben hätte, ist zweitens Ausdruck einer ungemeinen Ignoranz gegenüber dem gesellschaftlichen Engagement der Berliner Bevölkerung für die Energiewende in ihrer Stadt. Im November 2013 haben beim Volksentscheid mehr als 600.000 Berliner und Berlinerinnen für die Rekommunalisierung des Berliner Stromnetzes ohne Vattenfall und für eine starke Bürgerbeteiligung gestimmt. Der Senat muss endlich die Bevölkerung ernst nehmen. Ohne deren Engagement, ohne die Energiebürger wird dem Senat keine nachhaltige, zukunftsfähige, ökologische und sozial gerechte energiepolitische Strategie gelingen.

Es gilt jetzt, die Stromnetzvergabe zügig und rechtssicher zu Ende zu bringen. Wie schon einmal gefordert (siehe Drs. 17/1810), ist das Stromnetzvergabeverfahren sorgfältig zu prüfen und zu verbessern. Dem Verfahren muss ein geeigneter, diskriminierungsfreier und transparenter Wettbewerb um die bestmögliche Erfüllung der klima- und energiepolitischen Ziele und Maßnahmen des Landes Berlin zugrunde liegen. Dazu muss vor allem der Auswahl- und Wertungskriterienkatalog überarbeitet und dem Abgeordnetenhaus zumindest ein Konzept zur möglichen Rolle des Stromnetzes für die Erreichung der Ziele der Berliner Klima- und Energiepolitik vorgelegt werden.

Berlin, den 26.05.2015

Mayer  
und die übrigen Mitglieder  
der Piratenfraktion